
Gemeinsamer Antrag für den Umweltausschuss am 09. Februar 2017

An den Vorsitzenden des

08.02.2017

Umweltausschusses

Herrn Hans-Georg Panzer

Im Hause

Neuaufstellung des Nahverkehrsplans für die Stadt Hagen, hier: Spezifizierung des Auftrags

Sehr geehrter Herr Panzer,

wir bitten um Aufnahme des og. Tagesordnungspunktes, gem. § 6, GO,

auf die Tagesordnung der Sitzung des Umweltausschusses am 9. Februar 2017.

Beschlussvorschlag

Bei der Entwicklung des neuen Nahverkehrsplans für die Stadt Hagen ist bereits die Erstellung verschiedener Szenarien für die ÖPNV-Entwicklung vorgesehen. Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung, hierbei auch ein Szenario zu beauftragen, das darstellt, welche Maßnahmen mit welchen Kosten erforderlich wären, um die im Zusammenhang mit dem Luftreinhalteplan insbesondere von der Kommunalaufsicht immer wieder geforderte Attraktivitätssteigerung des ÖPNV umzusetzen. Dieses Szenario soll auch dazu dienen, den dringlichen Bedarf für eine entsprechende Zuschusserhöhung durch das Land zu verdeutlichen.

Begründung

Der Rat der Stadt hatte am 10. 12.15 folgenden einstimmigen Beschluss gefasst:

„Die Verwaltung wird beauftragt, einen neuen Nahverkehrsplan für die Stadt Hagen auf Grundlage einer gesicherten Datenlage aufzustellen. Gegenüber der aktuell gültigen Fassung des Nahverkehrsplans sind veränderte Rahmenbedingungen (demografische Entwicklung, veränderte Bevölkerungs- und Arbeitsstrukturen, Schulzeiten usw./usf.) zu berücksichtigen.

Im weiteren Verfahren sollen sowohl die Bezirksvertretungen als auch die Bürgerschaft beteiligt werden.

Die Kosten für den Betrieb des ÖPNV in Hagen sollen sich auch nach der Neuaufstellung im bisherigen Rahmen bewegen.

Die Planungen sind unter ständiger Beteiligung des gemeinsamen Arbeitskreises ÖPNV von Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss zu entwickeln.“

Mit diesem beschlossenen Auftrag wurde angesichts der angespannten Haushaltslage ein enger Rahmen für die Neuaufstellung des Nahverkehrsplans festgelegt.

Die Grenzwerte der 39. Bundes-Immissionsschutzverordnung werden in Hagen nach wie vor überschritten. Im Luftreinhalteplan für die Stadt Hagen sind u.a. Maßnahmen vorgesehen, die zu einer stärkeren Nutzung des ÖPNV und eine Reduzierung des Individualverkehrs führen sollen (Attraktivitätssteigerung des ÖPNV, Integration von E-Mobilität und ÖPNV und Ausbau Park-and-Ride).

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen ist es geboten, dass die Verwaltung bei der Neuaufstellung des Nahverkehrsplans die Realisierung dieser Maßnahmen im Rahmen eines entsprechenden Szenarios darstellt. Unter der Vorgabe des bisher zur Verfügung gestellten Finanzrahmens sind derartige Maßnahmen wahrscheinlich nicht zu realisieren. Aus diesem Grund wäre es wünschenswert, eine Argumentationshilfe zu erhalten, mit der Mittel zur Attraktivitätssteigerung bei der Landesregierung eingeworben werden können. Eine Umsetzung dieses Szenarios würde natürlich nur möglich werden, wenn zum einen die Finanzierung gesichert wäre und zum anderen der Rat einen entsprechenden Beschluss fassen würde, ob und welche Maßnahmen er zur Umsetzung des Luftreinhalteplans ggf. beschließt.

Nur durch die Darstellung von wirkungsvollen Alternativen würde der Rat in die Lage versetzt qualifiziert zu entscheiden.

Der Druck auf die Stadt, die Grenzwerte einzuhalten, nimmt ständig zu, es ist erforderlich, dass ernsthaft an der Umsetzung der im Luftreinhalteplan enthaltenen Maßnahmen gearbeitet wird. Die Gefahr, dass weitere Verkehrsbeschränkungen andernfalls verordnet werden, wird real, so dass die Chance, die sich durch die Neuaufstellung des Nahverkehrsplans bietet, auch für die Maßnahmen des Luftreinhalteplans genutzt werden sollten.

Der bereits bestehende Auftrag zur Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes sieht bereits die Erstellung verschiedener Szenarien vor. Insofern konkretisiert dieser Antrag nur den Wunsch nach der Erstellung eines bestimmten Szenarios. Er bewegt sich somit im Rahmen des bestehenden Auftrages. Mehrkosten sollten dadurch nicht entstehen.

Werner König
SPD-Fraktion

Lars Vogeler
CDU-Fraktion

Hildegund Kingreen
Fraktion Die GRÜNEN

Dr. Josef Bücker
Fraktion Hagen Aktiv

Elke Hentschel
Fraktion Die Linke

Frank Schmidt
Ratsgruppe BfHo/Piraten

Gemeinsamer Antrag für den Umweltausschuss am 09. Februar 2017

An den Vorsitzenden des
Umweltausschusses

08.02.2017

Herrn Hans-Georg Panzer

Im Hause

Neuaufstellung des Nahverkehrsplans für die Stadt Hagen, hier: Spezifizierung des Auftrags

Sehr geehrter Herr Panzer,

wir bitten um Aufnahme des og. Tagesordnungspunktes, gem. § 6, GO,

auf die Tagesordnung der Sitzung des Umweltausschusses am 9. Februar 2017.

Beschlussvorschlag

Bei der Entwicklung des neuen Nahverkehrsplans für die Stadt Hagen ist bereits die Erstellung verschiedener Szenarien für die ÖPNV-Entwicklung vorgesehen. Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung, hierbei auch ein Szenario zu beauftragen, das darstellt, welche Maßnahmen mit welchen Kosten erforderlich wären, um die im Zusammenhang mit dem Luftreinhalteplan insbesondere von der Kommunalaufsicht immer wieder geforderte Attraktivitätssteigerung des ÖPNV umzusetzen. Dieses Szenario soll auch dazu dienen, den dringlichen Bedarf für eine entsprechende Zuschusserhöhung durch das Land zu verdeutlichen.

Begründung

Der Rat der Stadt hatte am 10. 12.15 folgenden einstimmigen Beschluss gefasst:

„Die Verwaltung wird beauftragt, einen neuen Nahverkehrsplan für die Stadt Hagen auf Grundlage einer gesicherten Datenlage aufzustellen. Gegenüber der aktuell gültigen Fassung des Nahverkehrsplans sind veränderte Rahmenbedingungen (demografische Entwicklung, veränderte Bevölkerungs- und Arbeitsstrukturen, Schulzeiten usw./usf.) zu berücksichtigen.

Im weiteren Verfahren sollen sowohl die Bezirksvertretungen als auch die Bürgerschaft beteiligt werden.

Die Kosten für den Betrieb des ÖPNV in Hagen sollen sich auch nach der Neuaufstellung im bisherigen Rahmen bewegen.

Die Planungen sind unter ständiger Beteiligung des gemeinsamen Arbeitskreises ÖPNV von Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss zu entwickeln.“

Mit diesem beschlossenen Auftrag wurde angesichts der angespannten Haushaltslage ein enger Rahmen für die Neuaufstellung des Nahverkehrsplans festgelegt.

Die Grenzwerte der 39. Bundes-Immissionsschutzverordnung werden in Hagen nach wie vor überschritten. Im Luftreinhalteplan für die Stadt Hagen sind u.a. Maßnahmen vorgesehen, die zu einer stärkeren Nutzung des ÖPNV und eine Reduzierung des Individualverkehrs führen sollen (Attraktivitätssteigerung des ÖPNV, Integration von E-Mobilität und ÖPNV und Ausbau Park-and-Ride).

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen ist es geboten, dass die Verwaltung bei der Neuaufstellung des Nahverkehrsplans die Realisierung dieser Maßnahmen im Rahmen eines entsprechenden Szenarios darstellt. Unter der Vorgabe des bisher zur Verfügung gestellten Finanzrahmens sind derartige Maßnahmen wahrscheinlich nicht zu realisieren. Aus diesem Grund wäre es wünschenswert, eine Argumentationshilfe zu erhalten, mit der Mittel zur Attraktivitätssteigerung bei der Landesregierung eingeworben werden können. Eine Umsetzung dieses Szenarios würde natürlich nur möglich werden, wenn zum einen die Finanzierung gesichert wäre und zum anderen der Rat einen entsprechenden Beschluss fassen würde, ob und welche Maßnahmen er zur Umsetzung des Luftreinhalteplans ggf. beschließt.

Nur durch die Darstellung von wirkungsvollen Alternativen würde der Rat in die Lage versetzt qualifiziert zu entscheiden.

Der Druck auf die Stadt, die Grenzwerte einzuhalten, nimmt ständig zu, es ist erforderlich, dass ernsthaft an der Umsetzung der im Luftreinhalteplan enthaltenen Maßnahmen gearbeitet wird. Die Gefahr, dass weitere Verkehrsbeschränkungen andernfalls verordnet werden, wird real, so dass die Chance, die sich durch die Neuaufstellung des Nahverkehrsplans bietet, auch für die Maßnahmen des Luftreinhalteplans genutzt werden sollten.

Der bereits bestehende Auftrag zur Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes sieht bereits die Erstellung verschiedener Szenarien vor. Insofern konkretisiert dieser Antrag nur den Wunsch nach der Erstellung eines bestimmten Szenarios. Er bewegt sich somit im Rahmen des bestehenden Auftrages. Mehrkosten sollten dadurch nicht entstehen.

Werner König
SPD-Fraktion

Lars Vogeler
CDU-Fraktion

Hildegund Kingreen
Fraktion Die GRÜNEN

Dr. Josef Bücker
Fraktion Hagen Aktiv

Elke Hentschel
Fraktion Die Linke

Frank Schmidt
Ratsgruppe BfHo/Piraten